

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: LSV-Vorstand (dort beschlossen am: 02.02.2026)

Titel: **Excuse me, wir haben 2026**

Antragstext

1 Das LSP wolle beschließen,

2 Das LSP positioniert sich ausdrücklich, umfassend und unmissverständlich gegen
3 politische Handlungen, Aussagen und Entscheidungen der aktuellen Bundesregierung
4 sowie führender bundespolitischer Akteur*innen, die im Widerspruch zu den
5 Grundwerten der Menschenwürde, des Rechtsstaats, der Demokratie, der sozialen
6 Gerechtigkeit und der universellen Menschenrechte stehen.

7 **1. Verurteilung menschenfeindlicher und entwürdigender Rhetorik**

8 Das LSP verurteilt die fortschreitende Normalisierung menschenfeindlicher,
9 klassistischer und rassistischer Sprache in der Bundespolitik. Öffentliche
10 Aussagen wie jene von Friedrich Merz, in denen Armut, Migration oder soziale
11 Notlagen als angebliches „Problem für das Stadtbild“ dargestellt werden,
12 degradieren Menschen zu Störfaktoren gesellschaftlicher Ordnung.

13 Diese Rhetorik entmenschlicht Betroffene, verschiebt gesellschaftliche
14 Verantwortung auf Individuen, legitimiert Ausgrenzung und Verdrängung und trägt
15 maßgeblich zur gesellschaftlichen Spaltung bei. Sie widerspricht unmittelbar der
16 im Grundgesetz verankerten Unantastbarkeit der Menschenwürde.

17 **2. Scharfe Verurteilung rechtswidriger Zurückweisungen an den deutschen**
18 **Außengrenzen**

19 Das LSP verurteilt das Verhalten des Bundesinnenministers Alexander Dobrindt
20 aufs Schärfste und distanziert sich in jeglicher Hinsicht von den angeordneten
21 Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen.

22 Diese Maßnahmen verstößen gegen das Grundgesetz, geltendes europäisches Recht
23 sowie internationale Flüchtlings- und Menschenrechtskonventionen. Die
24 Missachtung gerichtlicher Urteile stellt einen schwerwiegenden Angriff auf
25 Rechtsstaatlichkeit, Bindung der Exekutive an Recht und Gesetz und
26 Gewaltenteilung dar und darf in einem demokratischen Rechtsstaat nicht folgenlos
27 bleiben.

28 **3. Verurteilung des Abbaus sozialer Sicherungssysteme**

29 Das LSP verurteilt den fortschreitenden Abbau sozialer Sicherungssysteme,
30 insbesondere Verschärfungen beim Bürgergeld sowie Kürzungen und Einschränkungen
31 von Unterstützungsleistungen wie der Pflegestufe 1.

32 Diese Politik trifft gezielt Menschen in prekären Lebenslagen, erhöht
33 Armutsrisiken, kriminalisiert soziale Not und widerspricht dem
34 verfassungsrechtlich verankerten Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes. Soziale
35 Sicherheit ist kein Kostenfaktor, sondern Grundlage demokratischer Teilhabe.

36 **4. Verurteilung der Anhebung des Renteneintrittsalters**

37 Das LSP verurteilt Forderungen und politische Bestrebungen nach einem späteren
38 Renteneintritt ausdrücklich.

39 Diese Forderungen ignorieren reale Arbeitsbedingungen, gesundheitliche
40 Belastungen sowie soziale Ungleichheiten in Erwerbsbiografien und
41 Lebenserwartung. Ein späterer Renteneintritt bedeutet für viele Menschen
42 faktisch Altersarmut oder Erwerbsunfähigkeit statt eines würdevollen
43 Lebensabends.

44 **5. Verurteilung arbeitnehmer- und sozialfeindlicher wirtschaftspolitischer**
45 **Positionen**

46 Das LSP verurteilt wirtschafts- und sozialpolitische Aussagen führender
47 politischer Akteur*innen, unter anderem von Katharina Reiche und Lars Klingbeil,

48 die eine neoliberale Logik reproduzieren, die soziale Rechte,
49 Arbeitszeitverkürzung und soziale Absicherung primär als Kosten- oder
50 Standortfaktoren darstellen.

51 Diese Positionen folgen einer neoliberalen Logik, verschieben gesellschaftliche
52 Risiken auf Beschäftigte, stärken Profitinteressen zu lasten sozialer
53 Gerechtigkeit und untergraben das Vertrauen in demokratische und
54 sozialstaatliche Versprechen.

55 **6. Verurteilung der faktischen Wiedereinführung der Wehrpflicht**

56 Das LSP verurteilt die faktische Wiedereinführung der Wehrpflicht bzw.
57 wehrpflichtähnlicher Zwangsmodelle ausdrücklich.

58 Diese Entscheidung wurde gegen den erklärten Willen eines großen Teils der
59 jungen Menschen getroffen, ohne ernsthaften gesellschaftlichen oder
60 generationengerechten Dialog und ohne ausreichende demokratische Beteiligung der
61 unmittelbar Betroffenen.

62 Die Wehrpflicht stellt einen massiven Eingriff in die Grundrechte junger
63 Menschen dar und greift tief in deren Lebensplanung, Bildungs- und Berufswege
64 sowie in das Recht auf persönliche Freiheit ein. Junge Menschen wurden hierbei
65 ohne ausreichenden gesellschaftlichen Dialog sowie ohne substantielle
66 demokratische Beteiligung der unmittelbar Betroffenen beteiligt. .

67 **7. Kritik an einseitigen und völkerrechtsblinden Positionierungen im 68 Israel-Palästina-Konflikt**

69 Das LSP distanziert sich von undifferenzierten und einseitigen Positionierungen
70 der Bundesregierung im Israel-Palästina-Konflikt, die das Leid der
71 palästinensischen Zivilbevölkerung ausblenden oder relativieren.

72 Das LSP bekennt sich zur universellen Gültigkeit des Völkerrechts, zum Schutz
73 der Zivilbevölkerung auf allen Seiten und zur konsequenten Ablehnung von
74 Kriegsverbrechen unabhängig von den Verantwortlichen. Menschenrechte sind
75 unteilbar und dürfen nicht selektiv angewendet werden.

76 **8. Demokratische Verantwortung und historische Verpflichtung**

77 In Anbetracht der deutschen Geschichte, insbesondere der Verbrechen des
78 Nationalsozialismus, ist jede Relativierung von Menschenrechten, jede

79 menschenfeindliche Rhetorik sowie jede Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien
80 in besonderem Maße zu verurteilen.

81 Demokratie erfordert die aktive Verteidigung der Grundrechte aller Menschen
82 – insbesondere derjenigen, die politisch, sozial oder ökonomisch weniger Macht
83 besitzen.

84 **9. Verurteilung des Angriffs auf queere Sichtbarkeit, Pressefreiheit und 85 demokratische Öffentlichkeit**

86 Das LSP verurteilt das Verbot der Regenbogenflagge an öffentlichen Gebäuden
87 sowie die politischen Aussagen von Julia Klöckner, die queere Sichtbarkeit aus
88 staatlichen Räumen verdrängen.

89 Das Verbot der Regenbogenflagge ist kein Ausdruck staatlicher Neutralität,
90 sondern ein bewusster politischer Akt gegen queere Menschen. Die
91 Regenbogenflagge steht für Grundrechte, Vielfalt und den Schutz vor
92 Diskriminierung. Ihre Verbannung aus öffentlichen Räumen normalisiert
93 Ausgrenzung.

94 Darüber hinaus verurteilt das LSP die Relativierung des rechtsextremen
95 Medienportals NIUS sowie dessen Gleichsetzung mit unabhängigen journalistischen
96 Medien wie der taz. Diese Gleichsetzung verharmlost rechte Hetze, delegitimiert
97 kritischen Journalismus und untergräbt die demokratische Öffentlichkeit.
98 Rechtsextreme Propaganda ist kein legitimer Teil pluralistischer
99 Medienlandschaft.

100 **10. Kritik an Scheinbeteiligung in der Bildungspolitik (Karin Pries)**

101 Das LSP kritisiert die von Bildungsministerin Karin Pries propagierte
102 Beteiligungsretorik als Scheinbeteiligung, bei der Schüler*innen, Eltern und
103 pädagogische Fachkräfte zwar formal angehört, aber in wesentlichen
104 bildungspolitischen Weichenstellungen kaum wirksam einbezogen werden.

105 Trotz öffentlicher Bekenntnisse zu „Beteiligung auf Augenhöhe“ werden
106 Entscheidungen zu Stellenabbau, Ressourcenzuteilung und strukturellen Reformen
107 häufig ohne echte Mitbestimmungsrechte der Betroffenen getroffen. Eine solche
108 symbolische Partizipation konterkariert den demokratischen Bildungsauftrag von
109 Schule, verhindert gelebte Demokratieerfahrung und trägt zur Entfremdung junger
110 Menschen von politischen Prozessen bei.

111 **11. Kritik an zentralisierenden und europaskeptischen Positionierungen von**
112 **Merz und Söder**

113 Das LSP kritisiert die aktuellen Äußerungen von Bundeskanzler Friedrich Merz und
114 CSU-Chef Markus Söder, in denen die Europäische Union vor allem als
115 bürokratisches Hindernis und „Überregulierungsapparat“ dargestellt wird und ein
116 umfassender Rückbau europäischer Regulierung gefordert wird.

117 Diese Rhetorik schwächt die Legitimität der EU als demokratische und
118 rechtsstaatliche Ebene, reduziert sie auf Standort- und Wettbewerbslogik und
119 blendet ihre Bedeutung für Menschenrechte, Sozialstandards und Friedenssicherung
120 aus.

121 Zugleich propagiert Söder die Reduzierung der Zahl der Bundesländer und eine
122 „Verschlankung“ des Föderalismus, indem kleinere Länder als kaum lebensfähig und
123 „nicht wettbewerbsfähig“ abgewertet und größere Einheiten als „erfolgreicher“
124 dargestellt werden.

125 Diese Vorschläge orientieren sich primär an ökonomischer Leistungsfähigkeit und
126 ignorieren demokratische, kulturelle und historische Aspekte des Föderalismus
127 sowie das Recht der Bürger*innen auf regionale Selbstbestimmung. Ein solcher
128 Diskurs bereitet den Boden für eine weitere Zentralisierung von Macht, schwächt
129 föderale und europäische Ausgleichsmechanismen und gefährdet damit die
130 demokratische Balance zwischen kommunaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene.

131 Das LSP fordert:

132 Die sofortige Beendigung aller rechtswidrigen Zurückweisungen an den deutschen
133 Außengrenzen und die uneingeschränkte Umsetzung gerichtlicher Entscheidungen.

134 Eine vollständige, transparente und öffentliche Aufarbeitung der rechtswidrigen
135 Maßnahmen des Bundesinnenministeriums sowie die rechtliche Verantwortung der
136 handelnden Personen.

137 Ein klares politisches Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und
138 universellen Menschenrechten.

139 Den Ausbau statt Abbau sozialer Sicherungssysteme sowie eine armutsfeste soziale
140 Absicherung.

141 Die Ablehnung eines späteren Renteneintritts und die Sicherung eines würdevollen

- 142 Ruhestands für alle Menschen.
- 143 Eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen
144 orientiert und nicht an Profit- und Standortlogiken.
- 145 Die sofortige Revision und Rücknahme der faktischen Wiedereinführung der
146 Wehrpflicht sowie aller wehrpflichtähnlichen Zwangsmodelle.
- 147 Eine umfassende demokratische Aufarbeitung der Wehrpflicht-Entscheidung und die
148 verbindliche Einbindung junger Menschen in alle sie betreffenden politischen
149 Entscheidungen.
- 150 Eine konsequent völkerrechtsbasierte Außenpolitik ohne Doppelstandards.
- 151 Die klare Abgrenzung aller demokratischen Parteien von menschenfeindlicher,
152 rassistischer, sozialdarwinistischer und autoritärer Politik.
- 153 Die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD gemäß Artikel 21
154 Absatz 2 des Grundgesetzes.
- 155 Die verbindliche, rechtlich abgesicherte und ressourcengestützte Beteiligung von
156 Schüler*innen, Eltern und pädagogischen Fachkräften an allen bildungspolitischen
157 Entscheidungen – jenseits bloßer Anhörungen und unverbindlicher Konsultationen –
158 sowie eine klare Absage an Scheinbeteiligung in der Bildungspolitik.

Begründung

Die aktuellen politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zeigen eine besorgniserregende Häufung von Maßnahmen, Aussagen und Diskursverschiebungen, die zentrale demokratische, soziale und rechtsstaatliche Prinzipien untergraben.

Die zunehmende Entmenschlichung gesellschaftlicher Gruppen durch politische Sprache – etwa durch die Darstellung von Armut, Migration oder queerer Existenz als „Problem“ – schafft die Grundlage für reale politische Ausgrenzung. Sprache formt politische Realität. Wer Menschen rhetorisch abwertet, bereitet ihre Entrechung vor.

Besonders alarmierend sind die wiederholten Verstöße gegen rechtsstaatliche Prinzipien. Die rechtswidrigen Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen sowie die Missachtung gerichtlicher Entscheidungen stellen einen offenen Angriff auf die Gewaltenteilung dar. Ein demokratischer Rechtsstaat lebt davon, dass staatliches Handeln an Recht und Gesetz gebunden ist – nicht an politische Opportunität.

Parallel dazu wird der Sozialstaat systematisch geschwächt. Der Abbau sozialer Sicherungssysteme, Forderungen nach einem späteren Renteneintritt und eine zunehmend arbeitnehmerfeindliche Wirtschaftspolitik verschärfen soziale Ungleichheit und gefährden gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese Politik verlagert strukturelle Probleme auf Individuen und widerspricht dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes.

Die faktische Wiedereinführung der Wehrpflicht ohne demokratische Legitimation und gegen den erklärten Willen vieler junger Menschen zeigt zudem eine wachsende Entkopplung politischer Entscheidungen von demokratischer Beteiligung. Junge Menschen werden mit weitreichenden Pflichten belastet, ohne angemessen beteiligt zu werden.

Ebenso offenbart die Bildungspolitik von Karin Prien die Problematik einer Scheinbeteiligung: Unter dem Verweis auf Dialog? und Beteiligungsformate werden Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte bei zentralen Entscheidungen – etwa beim Abbau von Lehrerstellen und der Prioritätensetzung in der Schulentwicklung – häufig vor vollendete Tatsachen gestellt. Die formale Anhörung ohne reale Entscheidungsmacht vermittelt Beteiligung nur symbolisch und unterminiert demokratische Lern? und Erfahrungsräume an Schulen.

Gleichzeitig erleben wir Angriffe auf queere Sichtbarkeit, Pressefreiheit und demokratische Öffentlichkeit. Das Verbot der Regenbogenflagge sowie die Relativierung rechtsextremer Medien und deren Gleichsetzung mit unabhängigen journalistischen Angeboten verschieben den öffentlichen Diskurs nach rechts und normalisieren demokratifeindliche Positionen.

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ist diese Entwicklung besonders besorgniserregend. Die Lehren aus dem Nationalsozialismus verpflichten zu einer aktiven Verteidigung von Menschenwürde, Minderheitenschutz, Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Öffentlichkeit. Diese Verpflichtung wird zunehmend missachtet.

Das Erstarken der AfD, die in wesentlichen Teilen offen gegen die freiheitlich?demokratische Grundordnung agiert, macht deutlich, dass Demokratie sich wehren muss. Ein Parteiverbotsverfahren ist kein Angriff auf demokratische Vielfalt, sondern ein verfassungsrechtlich vorgesehenes Mittel zum Schutz der Demokratie.

Die zentralisierenden und europaskeptischen Vorstöße von Merz und Söder fügen sich in dieses Gesamtbild ein. Die Abwertung der EU als „Bürokratiewust“ sowie die Forderung nach einer Reduzierung der Zahl der Bundesländer verschieben den Fokus weg von demokratischer Teilhabe, Ausgleich und Solidarität hin zu einer technokratischen Wettbewerbs?Logik. Damit wird ein Diskurs befördert, der transnationale und föderale Strukturen als bloßes Effizienzproblem behandelt und demokratische Kontroll? und Beteiligungsebenen zur Disposition stellt.

Das LSP setzt mit diesem Antrag ein klares und unmissverständliches Zeichen:

gegen Menschenfeindlichkeit, gegen Rechtsbruch, gegen soziale Kälte und gegen autoritäre Normalisierung – für Menschenwürde, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und eine offene Gesellschaft.